

## Kleine Anfrage 282

der Abgeordneten Isabelle Vandre (Fraktion DIE LINKE)

an die Landesregierung

### Altschulden von Wohnungsunternehmen

Fast dreißig Jahre nach der Gründung des Landes Brandenburg und des Anschlusses der DDR haben viele kommunale Wohnungsunternehmen das Problem, dass für sie die Kredite aus DDR-Zeiten, die ihnen nach 1990 nicht erlassen wurden, immer noch zu Buche schlagen. Für einige besteht nach wie vor eine schwierige Finanzlage, die auch damit begründet ist, dass die Tilgung der Altschulden ihnen die Luft für Neuinvestitionen in Form von Sanierung oder Neubau nimmt. Angesichts der sich verschärfte stehenden Fragen zur Bereitstellung von Sozialwohnungen, Fachkräftesicherung und Mietpreisbegrenzung ist die Diskussion zum Erlass von Altschulden der Wohnungsunternehmen in den ostdeutschen Bundesländern wieder auf der Tagesordnung.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Wohnungsunternehmen in Brandenburg sind derzeit mit Altschulden belastet?
2. Wie hoch schätzt die Landesregierung die Gesamtsumme der zu tilgenden Altschulden insgesamt in Brandenburg? Wenn möglich, bitte aufschlüsseln!
3. Was unternimmt sie gegenüber der Bundesregierung für eine Gesetzesänderung zur Streichung der Altschulden?
4. Beabsichtigt die Landesregierung mit einer aktuellen Bundesratsinitiative gegebenenfalls mit anderen ostdeutschen Bundesländern gemeinsam aktiv zu werden?
5. Was unternimmt sie, um insbesondere kleinen Wohnungsgesellschaften Unterstützung zu gewähren?